

Reinhold-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelder Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Druckort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 187

Freitag, den 9. Juli 1937

Jahrgang 1937

Ein unehrliches Spiel.

Vor der Sitzung des Nichteinmischungsausschusses. — Englands Annäherungsversuche an Franco. — Frankreichs hinterlistige Manöver.

Die Bruchstelle

der französisch-englischen Solidarität.

DNB Rom, 8. Juli.

Die entschlossene Haltung Italiens und Deutschlands wird am Vorabend der Freitagssitzung des Nichteinmischungsausschusses in London von der römischen Presse gegenüber der, wie man in Rom feststellt, teilweise leicht ins Schwanken geratenen französisch-englischen Solidarität besonders hervorgehoben.

Unter der Überschrift „Spanien ist kein Spekulationsobjekt“ erklärt der Direktor des „Giornale d'Italia“ einleitend, in England wolle man plötzlich in einem verächtlichen Optimismus erste Anzeichen für eine Klärung des spanischen Problems erkennen haben und bereits einen Kompromiß prophezeien. Für Italien, so betont das halbamtliche Blatt, sei es noch nicht geklärt, klar sei lediglich vom positiven Standpunkt aus die eindeutige Politik Italiens. Italiens, Deutschlands und Portugals, die für die Wahrung der Interessen der spanischen Nation, für die europäische Kultur und für die Ordnung in Europa eintreten. Ebenso klar sei weiterhin, jedoch in negativer Hinsicht, die auch in der spanischen Frage vorhandene Unbefähigkeit in Paris und London sowie der Mangel jeglicher internationaler Einmütigkeit hinsichtlich der französisch-englischen Vorschläge. In Frankreich habe der plötzliche englische Frontwechsel überrascht und eine gewisse Unsicherheit hervorgerufen, da man dort mit dem festhalten Englands an den unter dem Druck Moskaus aufbegehrenden Kontrollvorschriften rechnete. Dies sei die Bruchstelle der englisch-französischen Solidarität.

Frankreich zeige sich immer schwächer und beweise eine immer größere Unfähigkeit zu einer selbständigen Außenpolitik. Seine partielle Zusammenarbeit mit den Bolschewiken erweise sich immer mehr als ein Hindernis für eine europäische Zusammenarbeit.

Die nach den verschiedenen geheimnisvollen Verhandlungen zwischen Blum, Delbos und Negrin von Frankreich ausgehenden Drohung einer Wiederöffnung der Grenzengpässe hing nachgerade grotesk, da diese Grenzengpässe geschlossen worden seien. Sollte Frankreich aller Welt, so erklärt das Blatt ironisch, eine ununterbrochene Einmischung zu Gunsten der Bolschewiken offen beweisen, so bleibe ihm nur noch die Möglichkeit, seine Regimenter mit fliegenden Fahnen und Musikkapellen an der Spitze in Spanien einmarschieren zu lassen.

Unter Frankreichs großsprecherischen Einschüchterungsversuchen verberge sich aber auch ein hinterlistiges Manöver, indem man wegen einer angeblich „deutsch-italienischen“ Bedrohung des Mittelmeers das spanische Problem unter den Gesichtspunkt der französischen Mittelmeerinteressen stelle.

In die Enge getrieben, verfolge Frankreich, sich ein Mittel zu verschaffen, indem es die Tatsachen verberge, um seine offensichtlichen Verluste zu verbergen, sich in Spanien durch die Zusammenarbeit mit den Bolschewiken jene politischen und strategischen Positionen zu sichern, die zur Verbesserung der Stellung seiner Kriegsmarine und zur Erweiterung seiner Verteidigungs- und Angriffsmittel im Mittelmeer dienen sollen.

Dies hieße aber, eine Veränderung des Status quo im Mittelmeer schaffen zu wollen.

Aber auch England trage zu der Verwirrung bei. So habe Eden nach den deutsch-italienischen Vorschlägen Englands Unnachgiebigkeit offiziell betont.

während durch die Fühlungsnahme des britischen Botschafters mit einem Vertreter Salamancas Englands in der Frage der Anerkennung Francos eine Stellung einnehme, die noch weit über die deutsch-italienischen Vorschläge hinausgehe.

Wie aber könne man, so fragt der Direktor des „Giornale d'Italia“, diesen plötzlichen Kurswechsel Englands erklären, der auch heute in dem Ton der englischen Presse, die noch vor wenigen Tagen Franco mit Füßen getreten habe, zum Ausdruck komme. Vor allem gehe es England um das Elfenbein, das bisher den Bolschewiken-Ausflug in Bilbao in der Hoffnung, durch ihn das Elfenbein zu gewinnen, unterstützt, lasse diese heute fallen und verfolge, lasse Franco zu nähern. Aber es gehe England nicht nur um das Elfenbein, denn sein plötzliches Interesse, die Mittelmeerfrage in Zusammenhang mit dem spanischen Problem zu bringen, beweise, daß London wie Paris in Spanien die Vollendung des eigenen Systems der Flottenflügelung sehe.

Sibyllen genüge ihm nicht, es wolle vielmehr neue Jochen und Säulen der spanischen Rüste angestrichen. Auch diese Frage sei für Europa von Bedeutung und müsse berücksichtigt werden. Nachdem sich England unter dem Zwang der Ereignisse dem nationalen Spanien annähern lasse, verfolge es noch, auf die Reichthümer und die Unabhängigkeit des spanischen Gebietes zu spekulieren.

Man sei also, so betont das Blatt abschließend, weit entfernt von europäischen Gesichtspunkten, vom Willen zur Zusammenarbeit, von einer selbstlosen, gemeinsamen Friedenspolitik und der Klarheit in den internationalen Beziehungen. Gegen die offene, aufrichtige und wahrhafte europäische Politik Italiens und Deutschlands steht immer

Die Kämpfe in Spanien.

DNB Salamanca, 8. Juli.

In dem nationalen Heeresbericht vom Mittwoch heißt es:

Front von Biscaya: Der Feind, durch einige Bataillone verstärkt, versuchte die Höhen von Castro Alen durch einen Gegenangriff zurückzugewinnen. Er erlebte eine ernste Niederlage. Der Berg ist von Leichen überfüllt.

Erster japanisch-chinesischer Zwischenfall in Peiping.

Nächtliches Feuergefecht mit Kanonen und Maschinengewehren.

DNB Tokio, 8. Juli.

Die japanische Telegraphenagentur Domei meldet einen ersten Zusammenstoß zwischen japanischen und chinesischen Truppen, der sich in der Nacht vom Donnerstag in den nördlichen Vororten Peipings (Peking) ereignete. Danach stießen Teile der japanischen Garnison bei einer Nachschubung in Puguang mit chinesischen Truppen der 29. Armee Sungs zusammen.

Das in Puguang stationierte 208. Regiment der 29. Armee eröffnete unvermittelt das Feuer auf die japanischen Truppen.

Sofort herbeieilende Verstärkungen, bestehend aus Teilen der nordchinesischen Garnisonen, wurden erneut von den chinesischen Abteilungen beschossen. In den Morgenstunden des Donnerstags nahm das Gefecht beträchtlichen Umfang an, daß in den Stadtbezirken Peipings lebhaftes Maschinengewehrfeuer zu hören war. Die Gefechtsaktionen dehnten sich auch auf benachbarte Orte und die dort stationierten japanischen und chinesischen Truppenteile aus.

In Puguang wurden bereits Feldgeschütze eingesetzt.

Angeboten über Verluste liegen bisher noch nicht vor. Die Agentur Domei bezeichnet die Zusammenstöße als die weitesten der letzten Zeit. In politischen Kreisen wird die Lage mit Rücksicht auf die zunehmende antijapanische Stimmung in Nordchina und die kürzlichen Maßnahmen der Kanting-Regierung, die selbständige Verwaltung Peipings in stärkere Abhängigkeit von der Zentralregierung zu bringen, äußerst ernst beurteilt.

Zahlreiche Todesopfer.

Zweistündiger Waffenstillstand vereinbart.

DNB Shanghai, 8. Juli.

Die Kommission für militärische Angelegenheiten in Kanting, deren Vorsitzender Marquis Tschiangtaichai ist, hat von den chinesischen Militärbehörden einen Bericht über die blutigen Zusammenstöße zwischen chinesischen und japanischen Truppen in den nördlichen Vororten Peipings erhalten.

Nach dieser Darstellung haben die japanischen Truppen am Mittwochabend auf chinesische Posten das Feuer eröffnet, das von chinesischer Seite erwidert wurde.

Die Kommission hat nach Entgegennahme des Berichtes den General Tschiangtaichai, den Kommandeur der in die Vorgänge verwickelten Division, angewiesen, alles zu tun, um die Zwischenfälle nach Möglichkeit zu begrenzen.

Nach weiteren hier vorliegenden Meldungen aus Peiping hielt der Kanonendonner, der auf den Wällen der alten Kaiserstadt deutlich zu hören war, bis 9 Uhr morgens (Ortszeit) an. Das japanische Hauptquartier in Peiping meldet, daß ein japanischer Offizier gefallen und mehrere japanische Soldaten verwundet sind.

Der erste Zusammenstoß am Mittwochabend sei durch Vermittlung chinesischer und japanischer Offiziere zunächst beigelegt worden. Die Japaner hätten dann aber mehrere hundert Mann ihrer Geländekräfte zur Verstärkung herangezogen, und am Donnerstag gegen 4 Uhr sei es zu einem neuen Zwischenfall gekommen, aus dem das blutige Gefecht erwuchs. Am 10. Juli morgens sei ein zweistündiger Waffenstillstand erklärt worden.

Abchnitt Mitte: In der Madridfront im Abschnitt von Brunete dauert der Druck des Gegners weiter an. Ein bolschewistischer Angriff auf unsere Stellung von Quijorna und Villa Franca del Castillo wurde zurückgeschlagen, wobei die bolschewistischen Truppenabteilungen völlig aufgerieben wurden. Im Madrid-Stadtviertel Ujera, wo die gestrigen Angriffe nach heftiger Artillerievorbereitung mehrere Male abgewiesen wurden, hat der Gegner auch heute wieder einen durch zahlreiche sowjettrüffliche Tanks eingeleiteten Angriff durchgeführt. Er wurde unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

Fliegerei: Sechs bolschewistische Flugzeuge wurden abgeschossen.

Die Japaner hätten Linwangmiao und Puguanghau besetzt und die dortigen chinesischen Truppen entwaffnet. Die Driftung Wangping sei von japanischen Truppen beschossen worden. Dabei seien mehr als 20 chinesische Soldaten gefallen und mindestens zehn Zivilisten getötet und verwundet worden. Die chinesischen Truppen hätten sich schließlich unter schweren Verlusten über den Duntzingfluß zurückgezogen, auf dem zahlreiche Leichen abwärts trieben. Die Kampfhandlungen spielten sich in dem Winkel zwischen den Eisenbahntrecken Peiping-Hantau und Peiping-Tientsin ab.

Wiederaufnahme der Kampfhandlungen.

Mehr als 200 Todesopfer auf chinesischer Seite.

DNB Shanghai, 8. Juli.

Kurz vor Ablauf des vereinbarten zweistündigen Waffenstillstandes kündigte schwerer Kanonendonner, der in der Peiping-Innenstadt deutlich zu hören war, die Erfolglosigkeit der in Puguang an der Peiping-Hantau-Bahn geführten japanisch-chinesischen Verhandlungen und gleichzeitig die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen an. Die Zusammenstöße werden von japanischer Seite als die schwersten seit den Kämpfen in der Provinz Jehol bezeichnet.

Der chinesische Hopte-Tschang-Rat gibt die chinesischen Verluste mit mehr als 200 Toten an.

Von Tungtschau zur Verstärkung herbeigeholte japanische Truppen wurden auf Befehl des Hopte-Tschang-Rates durch Schließung des Schanggingtores am Einmarsch nach Peiping verhindert.

Mißverständnisse ohne böse Absicht.

DNB Peiping, 8. Juli.

Die japanisch-chinesischen Zwischenfälle wurden in den hiesigen chinesischen Kreisen verhältnismäßig ruhig betrachtet, wenngleich umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen sind und die Erklärung des Belagerungszustandes förmlich erwartet wird. Der Verkehr an den Stadtorten steht unter strengster Aufsicht, denn man befürchtet, daß Putzschiffe die Situation ausnützen könnten. Der Verkehr auf der in der Nähe des Konfliktortes verlaufenden Bahnlinie nach Hantau und Tientsin ist vorübergehend eingestellt.

Zur inzwischen aber eingetretenen Beruhigung tragen wesentlich Depeschen über eine ruhige Beurteilung der Lage in Tokio bei. Die allgemeine Auffassung geht dahin, daß der Zwischenfall das Resultat von Mißverständnissen ist und von keiner Seite böse Absichten vorliegen.

Anrücken japanischer Verstärkungen.

DNB Shanghai, 8. Juli.

Nachdem die japanischen Truppen mittags über den Duntzingfluß übergeleitet und auf dem rechten Ufer der Schützengräben ausgehoben hatten, wurden die Kampfhandlungen abermals eingestellt und erneut Verhandlungen aufgenommen. Kanting meldet neue Kämpfe an der Bahnlinie Peiping-Hantau. Man schließt daraus, daß die Japaner mit ihren Forderungen nicht durchdrangen. Die amtlichen Kreise Kantings sehen die Lage als sehr ernst an.

Wie weiter gemeldet wird, sind acht Feldgeschütze, 12 Tanks und eine größere Anzahl Lastkraftwagen mit japanischen Soldaten von Tientsin nach Peking unterwegs. Vorher wurde eine Landdemonstration in der Chinesenstadt Tientsin durchgeführt, über der zwei japanische Flugzeuge flogen.

(Siehe auch 2. Seite)

Das Ziel ist erreicht.

Arbeitskammer Westfalen-Nord.

An die Stelle der Zerrissenheit und der völligen Atomisierung unseres politischen, wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens hat der Nationalsozialismus aus der Kraft seiner Idee Einheit und Gesamtsolidarität geleistet, an die Stelle der individuellen, schrankenlosen Freiheit, die im Ende der Aufklärung in Zuchtlosigkeit, ja Auflösung des Volkes überhaupt bedeutet, die völlige Gemeinschaft und das segensreiche Geleis von Zucht und Bindung, an die Stelle von Willkür Ordnung und Gelittheit, an die Stelle von Trübsal die Freude, die die Gerechtigkeit vor dem Verkommenen, an die Stelle von Klassenkampf und Standesvorurteil das Gemeinwohl und die Solidarität, die die Verantwortlichkeit des Gemeinwohls bewußt sein, Gemeinwohlsleben und Gemeinwohlschaffen, die Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit aller Glieder unseres Volkes in der Ausrichtung auf ein einheitliches, gemeinsames Ziel und Streben und in gleicher Achtung voreinander, ihrem Wert und ihrer Arbeit und an Stelle des Verantwortungsmangels aus dem Fehlen an Gemeinamkeit die Verantwortungsbehaftung, die Verantwortungsbehaftung und die Selbstverantwortung aus Erkenntnis der Gemeinamkeit und der lebendigen Teilnahme an ihr.

Im Gau Westfalen-Nord hat der Gedanke der sozialen Selbstverantwortung im Aufbau des nationalsozialistischen Staates durch die Errichtung der am Mittwoch feierlich konstituierten Arbeitskammer nunmehr sein Organ und Instrument gefunden, und der Gauleiter konnte in seinem Dank an Dr. Ley mit Genugtuung und Freude feststellen, daß damit ein Ziel erreicht sei, dessen Erfüllung und Bewirkung nach der besonderen Lage der nordwestfälischen Wirtschaft ein dringendes Erfordernis gewesen ist. Im Zeichen des Vierjahresplanes und seiner Durchführung, in der Behebung der noch im Gau besonders im Industriegebiet vorhandenen Notstände — wir erinnern dabei vor allem an die notwendige Beilegung des Wohnungsproblems in den Bergarbeiterbezirken — in gerade dieses Organ, dessen Wesen und Zusammenhänge dem Gedanken der Vertiefung und Festigung des sozialen Friedens dient und dessen Betätigung jederzeit eingeleitet werden kann zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben unseres Gaues, dazu beufen, eine reiche und fruchtbare Arbeit zu leisten im Dienste der engeren Heimat und ihrer geistlichen Entwicklung. Daß das Gebiet der Arbeitskammer sich deckt mit dem Verwaltungsgebiet der Gaue, ist die beste Voraussetzung und Gewähr dafür, daß ihre Arbeit vollständig im engsten Zusammenwirken mit den politischen Kräften der Nation und mit den politischen Kräften des Heimatbezirks, in dem sie tätig sind. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Energien unseres Lebens finden und finden sich zusammen, um frei von jedem selbstischen Motiv, unter Ausschaltung jedes irgendwie gearteten Interferenzpunktes, geeint unter dem Willen der nationalsozialistischen Idee und ihrer Grundforderung, das Gemeinwohl immer vor Eigenwohl zu setzen, die ihnen vom Führer gestellten Aufgaben zum Wohl des Ganzen und des deutschen Volks in einträchtiger Gemeinamkeit und in gegenseitiger Solidarität zu erfüllen und zu lösen. Deshalb soll und muß bei jeder, innerhalb der Kammer auftretenden Kritik sofort immer der positive Gedanke des praktischen Rates des besseren Weges stehen.

Dr. Ley hat in seiner großen Rede anläßlich der Eröffnungsfeier in der Stadthalle in Münster, die durch ihre leidenschaftliche Überzeugungskraft und ihr ästhetisches Temperament die Herzen aller Hörer zwang, sie mit- und empor zu wahrer Begeisterung, der Intuition das ideale Fundament gegeben; er hat der Form den lebendigen Inhalt eingegeben, ihr den lebendigen Atem eingehaucht. Er hat sie mit der Idee erfüllt, von der er fordert, daß alle von ihr getragen, ja daß alle von ihr befeuert sein müssen, um die Aufgaben im rechten Geiste zu erfüllen. Er hat dabei das Wort geprägt von der solidistischen Gemeinamkeit in unserem Arbeitsleben als einem echten deutschen Ethos, zu der alle schaffenden deutschen Menschen zusammengeführt werden und als die sie selber fühlen müssen. Und er hat damit jene ständige Forderung herausgestellt, die allen in der Gemeinamkeit Schaffenden gilt: daß der Gefolgschaftsführer mit seinen Gefolgschaftsmitgliedern verbunden sein muß durch das unerschütterlich feste Band des gegenseitigen Vertrauens, daß Führung und Kameradschaft herrschen sollen, daß der Gefolgschaftsführer sich von der täglichen Sorge des Gefolgschaftsführers umgeben wissen soll, daß die Autorität von oben ihre Anerkennung und Ergänzung findet in der freien Bindung der Gefolgschaft, in der selbstgewählten, dem Gemeinwohlsgeiste entspringenden Unterordnung, weil einer führen muß und diese Führung nur dem Wohle aller dient und weil sie der Ausdrucksform der Verantwortung im großen ist. Arbeitsordnung, Arbeitsdisziplin, Arbeitsehre und Arbeitsfreude, das sollen die Fundamente unseres deutschen Lebens sein.

Wenn die Arbeitskammer Westfalen-Nord nunmehr unter der Leitung von Gauobmann Schürmann an ihre Arbeit geht, dann wird sie, wie ihr Leiter im

Dankeswort am Schluß der feierlichen ersten Sitzung an Dr. Schacht zum Ausdruck brachte und versicherte, die Worte des Reichsorganisationsleiters beherzigen und in diesem Geiste und in diesem Sinne das Werk beginnen und die Aufgaben, die ihr gestellt sind, durchführen und verwirklichen.

Alle 22 jungen Deutschen verurteilt!

Bestrebender erregender Ausgang des Rostocker Prozesses.

Warschau, 8. Juli.

Das Bezirksgericht in Rostock hat am Mittwochabend nach zweitägiger Verhandlung den Prozeß der 22 polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität mit ihrer Verurteilung abgeschlossen, die beschuldigt werden, auf dem Gut Rensau im Kreis Torgel ein Lager nach dem Muster der reichsdeutschen Arbeitsdienstlager organisiert zu haben, daran teilgenommen zu haben, wobei sie angeblich keinen Zweck und kein Bestreben vor den Augen der Behörden geheim gehalten haben. Dort hätten sie eine Schulungsarbeit in einem für den polnischen Staat feindlichen Sinne betrieben.

Obwohl die Verhandlung keinen Beweis für diese letzten Anschuldigungen brachte, erkannte der Richter die Angeklagten für schuldig.

Es wurden wegen Geheimbündelverurteilt:

1. Georg Klemm, der das Lager geleitet haben soll, zu zwei Jahren Gefängnis;
2. Armin Drob, Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschen Vereinigung, der an der Organisation des Lagers beteiligt gewesen sein soll, zu 20 Monaten Gefängnis;
3. Liselotte Kreimann, Gertrud von Gersdorff und Günther Krüger, die an der Organisation

des Lagers teilgenommen haben sollen, zu je 15 Monaten Gefängnis;

4. die Teilnehmerinnen des Rostocker Prozesses, auf dem der größte Teil der Angeklagten zu Gartenarbeiten verpflichtet war, Auguste und Margarethe Wehr, beide an der Grenze des Gefängnisses, zu je zehn Monaten Gefängnis;

5. Gerhard Schulz, Willi Mittelstedt, Walter Anklam und Ulrich Witschiller zu je acht Monaten Gefängnis wegen Teilnahme an dem Lager;

6. Heinz Bannach, Hans Rosenberger, Paul Galtenberg, Bruno Sundt, Walter Gersmeyer, die Teilnehmer für das Lager geworben haben sollen, zu je sechs Monaten Gefängnis;

7. Gerhard Marks, Fritz Gräbner, Alfred Feschner und Otto Laun zu je fünf Monaten Gefängnis;

8. die 17-jährigen Helmut Adam und Willi Brunt zum Aufenthalt in einer Besserungsanstalt mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Die Verteidigung hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Das harte Urteil von Rostock, das zumeist Jugendliche unter zwanzig Jahren betroffen hat, können wir nicht anders denn als einen Spruch der Willkür und des Ausnahmegerichts bezeichnen. Es muß in Deutschland um so mehr befremden, als es nicht nur aus gemeinsamer Arbeit ihres deutschen Volkstums bewußter Arbeitskräfte, weil die Art ihres Zusammenlebens deutschem Lebensstil entsprach und einmal dabei auch der Geburtstag des Führers gefeiert wurde, Geheimbündelverurteilt, als auch jede Rücksicht auf das Staatswohl der Deutschen Reiches vernachlässigt, das mit Polen einen Freundschaftsvertrag unterhält und der polnischen Minderheit in Deutschland alle nur denkbaren Rechte gewährt. Sollen sich jetzt die Berufsrichter mehr Verstand und Besonnenheit als der Richter von Rostock!

Amerika billigt das Verhalten Deutschlands.

Der Versailler Vertrag schuf die Grundlage für alle europäischen Schwierigkeiten.

Auffeuernde Rede des amerikanischen Staatssekretärs Welles.

Amerika zu internationaler Mitarbeit bereit.

Washington, 8. Juli.

Unterstaatssekretär Welles hielt am Mittwoch vor dem Institute of Public Affairs in Charlottesville im Rahmen einer allmorgentlichen Vortragsreihe der Universität des Staates Virginia einen Vortrag. Er gab in seiner Rede eine sehr bedeutsame offene Darlegung der amerikanischen Stellungnahme zur europäischen politischen Lage, der um so größere Wichtigkeit beigemessen ist, als seine Ausführungen dem Präsidenten Roosevelt und Außenminister Hull vorzulegen haben dürften.

Die Ausführungen Welles' gingen aus von den Ergebnissen der britischen Weltkonferenz und namentlich von den Verhandlungen mit dem belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland in Washington. Welles bezeichnete zunächst Spanien als das Schlachtfeld, auf dem zwei einander feindlich gesinnte Weltanschauungen sich bekämpfen. Er stellte fest, es sei nirgendwo ein diplomatisches Geheimnis, das die Vertreter dieser widerstrebenden Weltanschauungen während der ganzen Dauer des spanischen Konflikts der einen oder der anderen Seite in irgendeiner Form Beistand geleistet hätten. Amerika habe sich von Anfang an aus diesem Konflikt herausgehalten und durch ein Geheiß verhindert, daß Freiwillige, Kriegsmaterial oder geldliche Unterstützungen an die kriegführenden Parteien in Spanien geliefert würden. Leider werde, solange die Mächte, die mit der einen oder der anderen Seite sympathisierten, sich nicht streng jeder Einmischung enthalten, die Welt auf Gnade und Ungnade dem Verfall ausgeliefert sein, der durch irgendeinen Zwischenfall einen internationalen Krieg herbeiführen könne.

Wer, so betonte Welles dann, der spanische Krieg ist nur ein äußeres Anzeichen der Krankheit, an der die Welt leidet, ist nicht die Krankheit selbst.

Schuld ist der Versailler Vertrag, der die Welt zu minderwertigen Nationen stempelte und ihnen jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft raubte. Die Ungerechtigkeit und die falsche Begründung der Bestimmungen des Friedensvertrages waren der Hauptgrund für das Chaos, das dem Weltkrieg folgte und folgen mußte.

Der Versailler Vertrag wurde zu dem Zweck geschaffen, Unebenheiten auszugleichen und künftige Kriege zu vermeiden, aber: 1. wurden die besiegten Nationen in den ersten Jahren nicht als gleichberechtigte Partner im Völkerbund aufgenommen; 2. waren die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland nicht vertreten;

der hauptsächlichste Grund für das Scheitern war aber die Einfügung des tragischen Versailler Vertrages in den Völkerbundspakt, wodurch sich der Völkerbund gerade in seiner ersten formgebenden Periode zu einem Mittel machte, die Ungerechtigkeiten und die untragbaren moralischen und materiellen Lasten, die die Sieger den Besiegten auferlegt hatten, für unbefristet festzusetzen.

Sobald Welles sich Welles voll und ganz auf die Seite Deutschlands hingewandt, hat er die Zerkleinerung des Versailler Vertrages, indem er feierlich erklärte: Wir sollten in den Jahren seit dem Versailler Vertrag gelernt haben, daß ein dauernder Friede nicht auf Zwangsmaßnahmen aufbauen kann, daß Millionen von Menschen nicht gezwungen werden können, einer hoffnungslosen Zukunft ins Auge zu sehen, daß man von ihnen nicht erwarten kann, ihr ganzes Leben der Aufgabe zu widmen, Reparationen zu leisten für die angeblichen oder tatsächlichen Sünden der Führer einer früheren Generation in ihrem Vaterland. Männer und Frauen, die in solche Lage gedrängt werden, haben kein und werden keine die erste Gelegenheit ergreifen, um sich von jener untragbaren Knechtschaft zu befreien. Ich glaube, daß die Völker, an denen die Welt heute krankt, in erster Linie die fundamentale Ursache haben, daß die Ungerechtigkeiten und falschen Gesetze der Welt verteilt worden nach dem Weltkrieg nie berichtigt oder beseitigt worden sind. Und diese Ursachen sind ganz offensichtlich sowohl politischer wie wirtschaftlicher und finanzieller Natur.

Was können nun die amerikanischen Regierungen tun, um an ihrem Teil zum Wiederaufbau einer gesünderen und glücklicheren Welt beizutragen, fragte dann Welles. Amerika unterbreite ein weitläufiges Programm, an dem mitzuarbeiten es voll bereit ist:

1. Vertragstreue bezüglich der freiwillig eingegangenen internationalen Verpflichtungen.
2. Wahrung der Würde der zahllosen künftigen Schranken im Weltbündelvertrag.
3. Begrenzung und spätere Herabminderung der Rüstungen.
4. Häufige Beziehungen zwischen Vertretern der Regierungen sowie freier Meinungsaustausch.

Amerika könne sich den Folgen eines fremden Krieges nicht entziehen und wolle daher weitgehend an der Verrücktheit eines solchen mitwirken. Es sei trotz darüber, daß die in Buenos Aires geschlossenen Friedensverträge vom Bundesrat ratifiziert worden seien und daß das britische Weltreich jetzt dem Wunsch eines Handelsvertrages mit den Vereinigten Staaten freundlich gegenüberstehe. Wenn nun die europäischen Nationen ihrerseits die politischen Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages beseitigen, so werde die amerikanische öffentliche Meinung sicherlich in ihrer überwältigenden Mehrheit die Mitarbeit Amerikas mit den übrigen Nationen an der Beseitigung der Welt leiden.

Das größte Gebäude Deutschlands.

Dr. Schacht beim Richtfest für den Reichsbankneubau.

Berlin, 8. Juli.

Auf dem Erweiterungsbau der Reichsbank wurde am Donnerstagnachmittag nach fast 3-jähriger Bauzeit die Richtkrone emporgehoben. Das größte Gebäude der Reichsbank steht damit im Rohbau vollendet.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Bauherr hielt die Festansprache. Die Schwierigkeiten beim Bau dieses größten Gebäudes aus einem Guß, welches wir in Deutschland besitzen, und die Geschichte des Baues verglich Dr. Schacht mit der Geschichte des Aufbaus des Dritten Reiches durch den Führer und Reichskanzler. Auch dabei habe es große Schwierigkeiten gegeben, die gemeistert worden seien. Der Wille des Bauherrn, des Baumeisters und der Bauführer und ihre einträchtige Zusammenarbeit hätten das große Werk zum Gelingen gebracht. Genau so wollen wir alle auch heute dem Bauherrn des Dritten Reiches, Adolf Hitler, eine treue Bauführerschaft sein. Dr. Schacht betonte dann u. a. weiter, daß nicht mit Luxus, sondern mit Sparsamkeit, aber auch mit größter Gediegenheit und Solidität gebaut worden sei. Dies entspreche dem Charakter des Notendankinstitutes, welches dieses Gebäude beherbergen soll. Der Geist, der in der Reichsbank herrsche, sei der Geist der begabten Arbeit und der absoluten Zuverlässigkeit, mit dem auch das deutsche Volk seinen Weg in die Freiheit beschreiten und sie erreichen werde.

Am 5. Mai 1934 legte Reichsbankpräsident Dr. Schacht in Abwesenheit des Führers zu dem Erweiterungsbau

der Reichsbank auf einem etwa 35 000 qm großen Baugelände, von dem bereits 17 000 qm bebaut wurden, den Grundstein. Es handelt sich um das größte Gebäude Berlins, denn der bebaute Raum des gesamten Neubaus wird 680 000 qm umfassen. Zum Vergleich dazu sei erwähnt, daß das Berliner Schloss 320 000 qm, das Reichstagsgebäude 380 000 qm und das Reichsluftfahrtministerium 420 000 qm umbauten Raum fassen. Die Fläche des gesamten Neubaus wird 120 000 qm umfassen und 5500 Angestellten und Beamten eine würdige Arbeitsstätte geben. Die Fundamentplatte ist bis zu 18 m unter der Straßenebene in die Tiefe gesenkt worden. Etwa 130 000 qm Erde wurden ausgehoben und abgeführt. Seit drei Jahren haben hier täglich bis zu 800 Arbeiter beschäftigt und Brot gefunden. Eine Vorkerkung von dem Umfang des gesamten Gebäudeskomplexes erhält man durch die Tatsache, daß unter den hohen Garagenanlagen für etwa 400 Wagen geschaffen worden sind.

Der neue deutsche Gesandte in Dublin.

DNB Dublin, 8. Juli.

Der neue deutsche Gesandte für Irland, Dr. Eduard Hempel, traf am Mittwoch in Dublin ein. Er wurde bei seiner Ankunft von einem Vertreter des irischen Außenministeriums und dem Oberbürgermeister von Dublin empfangen. Deutschseits hatten sich die Mitglieder der Legation unter Führung des deutschen Geschäftsträgers Dr. Hans Röhler sowie Vertreter der Partei eingefunden. Dr. Röhler wird sich in drei Wochen nach Kapstadt begeben, um dort seinen neuen Aufgabenkreis als deutscher Geschäftsträger wahrzunehmen.

Friedliche Beilegung des neuen Fernost-Konflikts in Sicht.

Chinesische Darstellung des Zwischenfalles.

DNB Peking, 8. Juli.

Zum Entstehen des japanisch-chinesischen Zwischenfalles wird jetzt auch chinesischerseits eine Darstellung der Einzelheiten gegeben.

Danach trafen Mittwochabend 22 Uhr 300 bis 400 Soldaten der japanischen Nordchina-Garnison aus Fengtai in der Nähe der Marfopolobridge, 2 km südwestlich Peking, ein. Ihre ursprüngliche Absicht war eine Nachrüstung mit Angriff auf die über den Sunmofuß führende Eisenbahnbrücke der Linie Peking-Hankau. Nach chinesischer Darstellung war nun die Genehmigung von den chinesischen Behörden verweigert worden. Trotzdem erfolgte der Übungsangriff. Zur Vermeidung von Komplikationen erhielt die 129. Infanterieregiment (37. Division der 29. chinesischen Armee) gestellte Brückenbesatzung Befehl, sich sofort auf kürzestem Wege unter Durchwärtung des angeschwollenen Sunmofusses zurückzuziehen. Dabei fiel als erstes Opfer ein Mann der chinesischen Brückenbesatzung. Der Rest erreichte das in nächster Nähe gelegene Garnisonstädtchen Kungching, dessen Mauertore sofort geschlossen wurden.

Am Mittwochabend noch traf dort eine Kommission, bestehend aus einem Vertreter des Hooei-Infanterieregiments und einem japanischen Offizier, ein. Trotz sofort begonnener Verhandlungen brach die Schiere jedoch am Donnerstag morgen 5.30 Uhr wieder aus. Es entwickelte sich ein regulärer Angriff der Japaner auf das Städtchen, wobei außer Gemeinen auch Maschinengewehre und Infanteriegeschütze eingesetzt wurden. Erst nach 40 Minuten kam es zur Einstellung des Feuers, welches schwere Verluste auf beiden Seiten zur Folge hatte.

Der Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros, der sich in die Geschehnisse begeben hatte, erfuhr zu dieser Zeit von einem bei Geheimnissen eingetragenen Parlamentarier, daß auf dem Bahnhof von Eufuchiao eine Untersuchungskommission zusammengetreten sei, an der Offiziere der chinesischen Brückenbesatzung und eine Abordnung der Japaner unter Führung von Oberleutnant Orita teilnahmen. Daraufhin stehen die in dem belagerten Städtchen eingeschlossenen Chinesen am Otor über die Sandbrücke die Mittelglieder der beiden bereits zusammengetretenen Kommission an Striden herab. Man scheint nunmehr entschlossen zu sein, zu einer Einigung zu gelangen.

Eine amtliche japanische Verlautbarung.

DNB Berlin, 8. Juli.

Aus Tokio wird amtlich gemeldet: Durch den internationalen Vertrag von Peking anlässlich des Vorkriegsbesuches von 1900 erkannte China letztendlich den ausländischen Mächten, d. h. Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Rußland, das Recht zu, in Peking und Umgebung einmündig Umgebungen Truppen garnisonieren und diese Übungen abhalten zu lassen. Dieses vortreffliche Recht besitzen heute noch Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien, wo-

gegen Deutschland und die Sowjetunion inzwischen von dem Vertrag zurückgetreten sind. Gemäß dem vertraglich anerkannten Recht hielt eine kleine japanische Truppenabteilung am 7. Juli 1937 abends 11 Uhr in der Umgebung von Peking eine Nachrüstung ab. Vertragswidrig wurde auf diese japanische Truppe durch zwei chinesische Kompanien in feindlicher Absicht das Feuer eröffnet, worauf das japanische Militär logisch die Übung abbrach und sich mit einer in großer Entfernung von den chinesischen Kasernen befindlichen Hilfstruppe vereinigte. In der gleichen Nacht, um 14 Uhr wurden eine japanische und eine chinesische Untersuchungskommission aus Peking an den Ort des Zwischenfalles entsandt, um den Sachverhalt festzustellen. Gegen 16 Uhr morgens eröffneten jedoch die chinesischen Truppen erneut das Feuer, worauf sich die japanische Truppe gezwungen sah, dieses zu erwidern. Gegen 6 Uhr morgens scheint dann der Zwischenfall vorläufig sein Ende gefunden zu haben. Angesichts dieser Sachlage wird erwartet, daß der Zwischenfall keine Ausdehnung erfährt, zugleich aber auch betont, daß es auf die weitere chinesische Haltung ankommt, ob der Zwischenfall eine ernsthafte Entzündung erfährt oder nicht.

Belagerungszustand über Peking.

DNB Shanghai, 8. Juli.

Ueber Peking wurde am Donnerstagsabend der Belagerungszustand verhängt. Die Situation hatte nämlich durch die Entzündung eines japanischen Sonderzuges mit 1000 Mann 16 Tanks und 20 Geschützen eine plötzliche Verschärfung erfahren. Die japanischen Verstärkungen von Tientsin nach Fengtai unterwegs. Es sollen anschließend den Marsch auf die Marfopolobridge antreten. Vor der japanischen Botschaft in Peking und vor den wichtigsten japanischen Geschäftsbüros wurden Barrikaden aus Sandsäcken errichtet und mit Maschinengewehren versehen. Die chinesischen Behörden haben jeden Straßenverkehr nach Einbruch der Dämmerung verboten. Der Eisenbahnverkehr von Peking nach Hankau wurde eingestellt.

Nanking zur friedlichen Regelung bereit.

DNB Shanghai, 8. Juli.

Im Sommerort Nanking trat eine Regierungskonferenz zusammen, um über die Maßnahmen schlußendlich zu werden, die im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordchina getroffen werden sollen. An der Konferenz nahmen Tschinglangschow sowie der Generalstab und hohe Regierungsbeamte teil. Es wurde beschlossen, die Zwischenfälle mit Japan friedlich zu regeln. An den Kommandeur der 29. Armee erging die Weisung, den Streikfall zu isolieren. An die japanischen Militärbehörden wurde das Ersuchen gerichtet, die militärischen Operationen in Nordchina einzustellen.

Der chinesische Außenminister reiste von Nanking nach Peking ab, um Verhandlungen mit der japanischen Botschaft aufzunehmen.

Die Früchte der Volksfront-Politik.

Das Kabinett berät Erhöhung von Breiten, Zöllen, Gebühren.

Neue Belastung der breiten Massen.

DNB Paris, 8. Juli.

Die französischen Minister sind am Donnerstagsvormittag zu einem Kabinettsrat zusammengetreten, um Gesetzesentwürfe zur Belastung von Geld zu prüfen. Die Sitzung war sehr ausgedehnt, jedoch ist über ihren Verlauf keine amtliche Verlautbarung ausgegeben worden. Heute abend um 21 Uhr traten die Minister erneut unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten zusammen, um ihm die heute vormittag ausgearbeiteten Gesetzesentwürfe zur Unterzeichnung zu unterbreiten.

Obgleich man in amtlichen Kreisen vorläufig noch strengstes Stillschweigen über die beschlossenen Maßnahmen der Regierung beobachtet, verlautet in sonst gut unterrichteten Kreisen, daß u. a. beabsichtigt ist, die Tabakpreise um 20 v. H. heraufzusetzen, ebenso Streichhölzer und Zölle auf Feuerzeuge. Die Brennstoffpreise sollen um

10 v. H. heraufgesetzt werden, Steuermarken um 20 v. H. Die Postgebühren für den Inlandsbrief sollen von 50 auf 70 Centime heraufgesetzt werden und die Telegramm- und Telefongebühren um 20 v. H.

Ferner beabsichtigt die Regierung, wie man weiter hört, die direkten Steuern für Vermögen von über 80 000 Franken wesentlich zu erhöhen.

Das „Volksfront“-Regime entwickelt in Belastung der breiten Massen eine große Konsequenz, auch in der Richtung, daß jetzt die Eisenbahntarife erhöht wurden. Getrieben von dem Druck der sich als immer unheilvoller für das Volk auswirkenden 40-Stundenwoche der Marxisten beschloß der oberste französische Eisenbahnrat neben einer allgemeinen Personalreduzierung von 5 Centimes auf den Kilometer, die Preise in der zweiten und ersten Klasse noch mehr zu erhöhen. Die Gütertarife sollen nicht einseitig erhöht werden, sondern je nach der zu befördernden Ware wird die Erhöhung zwischen 10 und 30 v. H. schwanken. Man hofft, daß sich daraus eine Mehreinnahme von etwa 1,8 Milliarden Franken ergibt.

Beteilte Aufnahme des Palästina-Berichtes.

„Das Land gehört den Arabern!“

DNB London, 8. Juli.

In ihren Betrachtungen zu dem Bericht der Palästina-Kommission mit dem Vorschlag der Dreiteilung Palästinas haben die Londoner Blätter allgemein hervorgehoben, daß es sich um eine Kompromißlösung handle, die voraussetzungslos sowohl von arabischer wie von jüdischer Seite bekämpft werde. Sie sei aber durch die besondere Lage bedingt gewesen und werde immer noch den besten Ausweg dar. Die „Times“ erklärt u. a. die strategischen Interessen Englands seien begrenzt auf gegenseitige Unterbringungsmaßnahmen für die britischen Streitkräfte in Mesopotamien, falls diese die Kanalzone verlassen sollten, auf den Schutz der Deltastadt von Irak und ihres Endpunktes Haifa und auf die Beibehaltung schon bestehender Erleichterungen für die Luftverbindung mit Indien.

Als einziges Blatt lehnt der „Daily Express“ den Bericht der Palästina-Kommission rund ab. Das Blatt vertritt den Standpunkt, daß man 1915 den Arabern das Land versprochen habe und 1917 dann den Juden. Das erste Versprechen aber müsse gelten. Der vorgeschlagene jüdische Staat sei nicht einmal für die Juden selbst von Vorteil, denn er werde nur in der jüdischen Welt in Isolation bestehen. Jüdische Juden wünschten keine National-Heimat, weil die Juden eben keine Nation seien. Man solle das Land demjenigen Volk wiedergeben, von dem es vorwiegend bewohnt werde, nämlich den Arabern. Sein eigenes Trachten aber solle man der besseren Regierung und Entwicklung des Empires zuwenden.

Die Juden nicht zufrieden.

DNB London, 8. Juli.

Der Vollzugsausschuß des jüdischen Büros für Palästina und die jüdische Organisation haben am Mittwoch in London Proteste gegen den Teilungsplan Palästinas veröffentlicht. In den Erklärungen wird vor allem die bisherige britische Verwaltung in Palästina

kritisiert und auf die dem Judentum seitens Englands gemachten Versprechen hingewiesen.

Kaplan Dr. Klinkhammer wegen Kanzelmisbrauchs verurteilt.

Frankenthal, 8. Juli.

Das Sondergericht in Frankenthal verurteilte den Kaplan Dr. Karl Klinkhammer, in Rheinland und Westfalen aus früherer Zeit unter dem Namen „Kuhltaplan“ bekannt, wegen fortgesetzten Kanzelmisbrauchs in Tateinheit mit fortgesetztem Vergehen gegen das Heimtückegesetz zu acht Monaten Gefängnis und nahm ihn wegen Rücktrittsbedachts sofort in Haft.

Kaplan Dr. Klinkhammer predigte aus verschiedenen kirchlichen Anlässen in Nordbaden bei Donaueschingen, Hohenheim und in Köln. Zu diesen Predigten wurde er verpflichtet, weil ihm der Ruf eines guten Kanzelredners vorausging. Die Predigten gingen weit über eine Auseinandersetzung mit den religiösen Strömungen der Zeit hinaus. Ihr gehässiger und heftiger Charakter wurde durch eine zweitägige Verhandlung mit zahlreichen Zeugen klar bewiesen. Der Bericht war bereits im Jahre 1933 in Essen wegen heftiger Kanzelpredigten zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Die Verurteilung der damaligen Strafe wurde durch eine allgemeine Amnestie erlassen. Aber der Angeklagte hatte aus diesem Gnadenurteil nichts gelernt, sondern ließ weiter in gleicher Weise betätigt. Diesen unverzeßlichen Charakter des Angeklagten mußte das Gericht bei dem Strafmaß als erschwerend berücksichtigen.

Brigadier Paul von Griesenland will, um ein Fräulein Kommandoras zu heiraten, auf seine Rechte als Kronfolger verzichten. Der König widerlegt ihm diesen Plan. Der Brigadier ist der jüngste Bruder des Königs und hat bisher, der König aus seiner geschiedenen Ehe keine Nachkommen hat, den Rang des Kronprinzen inne.

Stad

Was r

8 Nachdem die in den schönen Rauten die Frage Galtshausplatz, in Vierteljahrhundert gehauft hat, gelochlich abbruchreif ist noch nicht verfallen weilen der Polizei in Zukunft biergebäude an der in Angriff genom dem Neubau begli Gebäude Rautstra das neue Polizeigebäude dieser belbe dings wird die ge Stadtbaupfiste fast andere Räume hin

Achtung, Eig

p. Der Eigent Zulassungsfälle nung wechself, ausßer Betrieb fest Bezirk einer ander einen abzumelden Wechselft er keine Zulassungsfälle, find Kraftfahrzeugbrief Kartelen zu berich zu melden, wenn vorgemessen werb der Aufbau gemäß beschafft wird. Ob vorzulegen. Wic gehend — außer Brief und schein a

Ohne pünktlich durch die Eigent Führung der Kraft möglich. Nachstänf sen Obliegenheiten und zwar mit Gel bis zu 6 Wochen. Kraftfahrzeuge soll Pflichten gegenüber welfällig fördern,

Kanin

In alle Kanin

a. Im Hinblick auf auch und -haltung Ministerium für Aufwuchsmittel zur fällen (Stallneubau wie für Aufzucht rassen und Beschäft deutschen Kaninche Aufgaben gestellt, Jahresplan gestellt erzeugung an Me den an sich schon iel dringendes Geb gehen haben, um plan einzustellen, fihende von Weisse glücker, Pg. Frieder gelien, der am fo Uhr, statfindet

Wiederherstellung. Alle Kaninchen mit weiteren Interessen fihenden Vortrag zu stehend an dieser und Antragsformul oben erwähnten 3 Besucht den Vortrag im „Bürgertrug“.

War das

8 Frau Käthe e leichförmig. Gester laufen. In weniger um sich sie den eine Schüssel mit rend der Zeit aus der Einkauf dauer und als Frau Käthe die Käthe unt rathung!

Ein

8 Eine junge F mittag am Germa lich an der rechten sich sofort in die R

Der

8 Gestern nach am Hort-Wesfel-B gehalten. Die 3 Der Dieb ist unde

p. Sandtische g

talche mit Inhalt den Tageszeitungen Sandtische gefunde Inhalts beraubt.

p. Faddelboot

kenhofstraße wurde gestohlen. Die Tä fihergestellt.

p. Durch einen

der Mauerstirze

8 Der Witz ist wachabend schlug d Spinnerei Gehr. S werter Schaden ist

Das BU

